



Medienkonferenz Schlussbericht Legislaturrichtlinien 2013-2016 vom Dienstag, 23. August 2016

REFERAT VON GEMEINDERAT ALEXANDRE SCHMIDT, DIREKTOR FÜR FINANZEN,  
PERSONAL UND INFORMATIK

*Es gilt das gesprochene Wort*

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir kommen zum Legislatorschwerpunkt «Politik und Verwaltung».

Bern ist die Stadt der Entscheidungen. Die Regierungen von Bund, Kanton und Gemeinde haben hier ihren Sitz, wie auch eine Grosszahl von Verbänden. Hier werden die Beschlüsse gefasst, die ins ganze Land ausstrahlen. Der Ausbau von Bern als Politzentrum ist darum eine immerwährende Chance und quasi obligatorisch ein Schwerpunkt unserer Tätigkeit.

Dazu gehört der Courant Normal

- wie unser Mitwirken in der Regionalkonferenz Bern Mittelland.

Sodann kämpfen wir für den Erhalt unserer Trümpfe

- so das Politforum Käfigturm.

Wir haben in den letzten Jahren unsere Stellung als Politzentrum der Schweiz gestärkt.

Wir registrieren folgende Entwicklungen:

- Der Zuzug neuer Verbände (u.a. Schweizerischer Gemeindeverband),
- die Etablierung eines Zertifikats für Interessenvertretung an der Berner Fachhochschule (CAS «Public Affairs & Lobbying»),
- wir haben die Gründung einer kantonalberrnischen Städteallianz erlebt,
- wir sind Gastgeberin des SRF-Wahlstudios.

Es geht aber nicht einfach darum, dass die Stadt zum Sitz möglichst vieler Verbände und zum Veranstaltungsort möglichst vieler Anlässe wird.

Bern selbst will städtische Anliegen gegenüber Bund und Kantone vertreten. Denn noch immer haben es städtische Anliegen in der Bundes- und Kantonspolitik schwer. Und dies, obwohl national wie international bewiesen ist, dass die urbanen Zentren Treiber des Wohlstands und der wirtschaftlichen Entwicklung sind. Als Stadt muss man sich nicht verstecken, sondern man muss hinstehen und seine Meinung sagen. Darum muss man auch richtig aufgestellt sein, damit man gehört wird.

Ein Erfolg in dieser Hinsicht ist sicherlich die Gründung der Konferenz der städtischen Finanzdirektoren. Sie vertritt steuerliche und finanzpolitische Interessen der Städte gegenüber dem Bund und den Kantonen und ist mitunter auf meine Initiative hin entstanden.

Unsere Ambitionen müssen jedenfalls weitergehen. Denn der wirtschaftliche Kriechgang des Kantons hat beängstigende Ausmasse angenommen, und dies belastet auch die Stadt. Wir sind Nettozahlerin und tragen die Lasten.

Das starke Dutzend der Kernagglomerationsgemeinden wäre gemeinsam die zweitgrösste Stadt der Schweiz mit 250'000 Einwohnern und 200'000 Arbeitsplätzen. Unser Anteil zur Belebung des Kantons könnte also deutlich grösser sein. Um die ganze Stadtregion Bern voranzubringen, braucht es neue Impulse, eine „Aussenpolitik“ mit mehr Durchsetzungskraft und mehr Erfolgen.

Kommen wir zu den Finanzen:

- 17,3 / 30,7 / 63,7 – diese Zahlenreihe entspricht den Millionenüberschüssen der Stadt in den Jahren 2013 bis 2015. Keine andere Stadt kommt auch nur annähernd an den Berner Benchmark heran. 112 Millionen Franken wurden zu viel Steuern bezahlt. Wir sind stark, wenn man so sagen darf, wie ein Bär.
- Positive Abschlüsse sind kein Selbstzweck – wenn wir das Geld nicht bräuchten, müssten wir es den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern zurückgeben. Positive Abschlüsse gaben uns die Chance, eines der dringendsten finanziellen Probleme anzugehen: den Kampf gegen den Sanierungsstau:
  - Bereits wurde das Ruder herumgerissen: Statt durchschnittlich 39,6 Millionen Franken wurden in dieser Legislatur bereits 83,5 Mio. Franken in Hochbauten investiert, also mehr als doppelt so viel. So kann die Infrastruktur wachsen und

gleichzeitig der Immobilienbestand wieder in Schuss gebracht werden.

- Vorfinanzierungen für Investitionsvorhaben konnten im Umfang von 54 Millionen Franken bereits in Spezialfinanzierungen auf die Seite gelegt werden.

- Wirklich stossend ist ungleiche städtische Schulinfrastruktur. Hier müssen wir weiter investieren. Dann sind wir für Familien noch attraktiver. Das muss das Ziel einer lebendigen, zukunftsfähigen, urbanen Hauptstadt sein. Die Mittel sind jedenfalls budgetiert.

- Auch die Schulden sind seit 2013 um 100 Millionen Franken gesunken – das war ein echter und wichtiger Effort.
- Den alten Finanzklotz aus früheren Legislaturen ist die Stadt also definitiv los. Finanzielle Stärke nennt man das.

In andern Städten kämpft man mit Sparprogrammen oder greift auf Steuererhöhungen zurück. Bern hat es dank viel Schweiss und Arbeit besser. Nicht nur der Gemeinderat, sondern auch die Mitte-Rechts-Mehrheit im Stadtrat sind hier vom Finanzdirektor explizit zu loben.

Äusserst wichtig sind die Fortschritte bei der Pensionskasse, denn jede Sanierung ist sozialpolitisch ein heisses Eisen: In der vergangenen Legislatur wurde zwischen den Sozialpartnern einvernehmlich die Sanierung der städtischen Pensionskasse aufgegleist und der Wechsel vom Leistungs- auf das Beitragsprimat stösst auf breite Zustimmung. Auch der Primatswechsel der Pensionskasse ist mit einer Spezialfinanzierung schon vorfinanziert. Auch dies ein klarer Erfolg.

Wohnungsbau ist in aller Munde. Derzeit arbeiten wir parallel an 14 Arealentwicklungen. Das sind mehr denn je. Wir heben damit einen Reformstau auf – bzw. gehen gegen diesen an. So sind wir bei den vorgesehenen Überbauungen auf dem Warmbächli, beim Tramdepot Burgernziel oder an der Mutachstrasse entscheidende Schritte weiter gekommen. Stöckacker-Süd, wo im August die ersten Mieter eingezogen sind, ist nicht nur auf dem Papier ein Musterbeispiel für den städtischen Wohnungsbau, sondern hält Erwartungen und Versprechen auch in der Realität stand. Eine neu etablierte Zwischennutzungsstelle bei Immobilien Stadt Bern kümmert sich um die Vermittlung von leerstehenden Gewerberäumen, Wohnungen und Baubrachen, damit temporär Kreatives entstehen kann. Wir hatten noch nie so viele Zwischennutzungen wie heute.

Wichtig war in der Legislatur auch die Schaffung von mehr Fairness. So stehen in der Stadt die Sozialwohnungen wieder den Bedürftigen zur Verfügung - dank einer einfa-

chen Kontrolle konnten wir hier eine massive Verbesserung erreichen und den Missbrauch gegen Null senken. Als Vermieter behandle ich grundsätzlich alle Mieterinnen und Mieter von städtischen Gebäuden gleich. Sonderrecht ist stossend. Hier darf die Stadt nicht nachgiebig sein.

Zum Abschluss noch zwei Fakten aus meiner Direktion: Wir haben vieles gemacht, um die Attraktivität der Stadt als Arbeitgeberin, insbesondere die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu steigern. So werden die interessanten Arbeitsstellen der Stadtverwaltung auch zukünftig mit guten Köpfen besetzt sein. Und dank eines zweiten Rechenzentrums sind Informatikausfälle ab dieser Legislatur nahezu ausgeschlossen. Gut zu wissen, in einer Welt, die zunehmend digitalisiert wird.